

**Touring Club Suisse**

Ch. de Blandonnet 4
Case postale 820
1214 Vernier GE
politique@tcs.ch
www.politiquetcs.ch

Gérard Métrailler

Tel +41 58 827 27 21
Mobile +41 79 777 83 27
Fax +41 58 827 23 92
gerard.metrailler@tcs.ch

VORSCHAU AUF DIE SOMMERSESSION 2017

DER EIDGENÖSSISCHEN RÄTE

Kontakt**Gérard Métrailler**

Leiter Politik
058 827 27 21
gerard.metrailler@tcs.ch

Laura Salamin

Stellvertreterin Leiter Politik
058 827 27 18
laura.salamin@tcs.ch



Inhalt

NATIONALRAT	3
15.456 Pa. Iv. Reimann. Heraufsetzung der periodischen vertrauensärztlichen Kontrolluntersuchung für Senioren-Autofahrer vom 70. auf das 75. Altersjahr	3
15.322 Standesinitiative Genf. Für Pilotversuche zur Einführung einer Innenstadtmaut (städtisches RoadPricing)	3
17.3267 Motion KVF-NR. Für gleich lange Spiesse. Verkauf und Ausschank von Alkohol auch auf Autobahnraststätten zulassen.	4
STÄNDERAT	5
14.3801 Mo. Markwalder. Bundesgesetz über Pauschalreisen. Vollzugsdefizit beheben	5
15.072 Geschäft des Bundesrates. Klima- und Energielenkungssystem.....	5



NATIONALRAT

15.456 Pa. Iv. Reimann. Heraufsetzung der periodischen vertrauensärztlichen Kontrolluntersuchung für Senioren-Autofahrer vom 70. auf das 75. Altersjahr

Das Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 wird wie folgt geändert:

- a. In Artikel 15d Ziffer 2 wird das Alter zum Aufgebot von Senioren-Autofahrerinnen und -Autofahrern für die periodische vertrauensärztliche Kontrolluntersuchung vom vollendeten 70. auf das vollendete 75. Altersjahr heraufgesetzt.
- b. In Artikel 2a wird der Begriff der Präventionsaktivitäten des Bundes dahingehend erweitert, dass auch die Sensibilisierung hinsichtlich Eigenverantwortung von älteren Leuten beim Entscheid, wann sie von sich aus mit dem Autofahren aufhören sollen, abgedeckt wird.

Stellungnahme des TCS

Der TCS stimmt der Heraufsetzung der periodischen vertrauensärztlichen Kontrolluntersuchung für Senioren-Autofahrer vom 70. auf das 75. Altersjahr zu. Wie bereits in der Vernehmlassung erwähnt (1. Februar 2017), sind die Menschen im Alter heute im Durchschnitt gesünder als in der Vergangenheit. Wissenschaftliche Studien zeigen zudem, dass mehr Eigenverantwortung bei älteren Fahrzeuglenkenden einen positiven Einfluss auf die Unfallzahlen mit älteren Fahrzeuglenkern hat.

Aus diesen Gründen befürwortet der TCS die Stärkung der Eigenverantwortung, die Sensibilisierung der Senioren und somit die vorliegende parlamentarische Initiative.

15.322 Standesinitiative Genf. Für Pilotversuche zur Einführung einer Innenstadtmaut (städtisches RoadPricing)

Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung mit einer Standesinitiative auf, ein Gesetz zu verabschieden, das - namentlich in Genf - die Durchführung eines Pilotversuchs zur Einführung einer Innenstadtmaut ermöglicht.

Stellungnahme des TCS

Der TCS widersetzt sich aus folgenden Gründen jeglicher Benutzungsgebühr (Maut) zur Verkehrslenkung:

- Verkehrslenkung über den Preis ist unsozial und ermöglicht es zudem nicht, das Stauproblem zu lösen, da die beiden hauptsächlichen Landesverkehrsarten (Motorisierter Individualverkehr und Öffentlicher Verkehr) in Spitzenzeiten bereits voll ausgelastet sind;
- Das Kosten-Nutzen-Verhältnis solcher Benutzungsgebühren ist sehr schlecht (30 bis 40 % der Erträge werden für den Betrieb des Systems benötigt).

Der TCS ersucht die Behörden, sich mit der Flexibilisierung der Arbeits- und Studienzeit zu befassen statt Minderbemittelte vom Verkehr auszuschliessen, nämlich gerade die Personen, welche die geringste Auswahl bezüglich Wohn- und Arbeitsort haben.



Angesichts der bestehenden Mautsysteme und der bereits durchgeführten Tests drängen sich keine Pilotversuche auf. Angesichts auch der Kosten der Einführung solcher Systeme (212 Millionen € in Stockholm) wird deutlich, dass sich die Investition nur rechtfertigen lässt, wenn das System anschliessend dauerhaft betrieben wird. Aus all diesen Gründen widersetzt sich der TCS entschlossen einem Sondergesetz, das Versuche mit einer Innenstadtmaut ermöglicht.

17.3267 Motion KVF-NR. Für gleich lange Spiesse. Verkauf und Ausschank von Alkohol auch auf Autobahnraststätten zulassen.

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen dahingehend anzupassen bzw. dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen, dass der Verkauf und Ausschank von Alkohol auf Autobahnraststätten erlaubt ist.

Stellungnahme des TCS

Der TCS, aktiv in der Verkehrssicherheit, lehnt diese Motion ab.



STÄNDERAT

14.3801 Mo. Markwalder. Bundesgesetz über Pauschalreisen. Vollzugsdefizit beheben

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Änderung des Bundesgesetzes über Pauschalreisen (SR 944.3) vorzulegen, die wirksame Sanktionen einführt, falls Reiseveranstalter und -vermittler ihre gesetzliche Sicherstellungspflicht verletzen.

Stellungnahme des TCS

Der TCS unterstützt diese Motion, die der Nationalrat gutgeheissen hat; sie will Kunden von Pauschalreisen schützen (Kombination von mindestens zwei Dienstleistungen – Transport, Unterkunft oder andere touristische Leistungen - die zu einem Globalpreis angeboten werden und mindestens 24 Stunden dauern oder eine Übernachtung einschliessen). Wenn ein Konsument auf das Angebot eines Veranstalters von Pauschalreisen eintritt, muss er sich darauf verlassen können, dass dieser die gesetzlichen Sicherstellungspflichten wahrnimmt, seinen beruflichen Anforderungen genügt und dass die Verpflichtungen aus dem Vertrag zwischen Konsument und Veranstalter der Pauschalreise eingehalten werden. Bei einer Pauschalreise soll der Konsument keinen Nachteil erleiden, wenn der Veranstalter der Pauschalreise zahlungsunfähig ist oder in Konkurs geht.

15.072 Geschäft des Bundesrates. Klima- und Energielenkungssystem

In der Klima- und Energiepolitik soll ab 2021 der Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem konsequent umgesetzt werden. Mit der vorgeschlagenen Verankerung in der Verfassung will der Bundesrat diesen Richtungsentscheid demokratisch legitimieren. Die konkrete Ausgestaltung des Lenkungssystems, das durch Abgaben und die damit verbundenen Anreize wirkt, erfolgt anschliessend im Rahmen der Klima- und der Energiegesetzgebung.

Stellungnahme des TCS

Der TCS widersetzt sich klar dieser Vorlage für ein Klima- und Energielenkungssystem, begrüsst den Entscheid des Nationalrates, nicht darauf einzutreten und unterstützt den Antrag der UREK-S, die Motion abzulehnen. Lenkungsabgaben sind unsozial und treffen vor allem schlecht gestellte soziale Schichten. Zudem ist es zum jetzigen Zeitpunkt nicht angezeigt, die Treibstoffe mit zusätzlichen Abgaben zu belasten, da dies langfristig die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur gefährdet (geringerer Verbrauch = geringere Einnahmen, Umkehr des Tankstellen-Tourismus).

Aus verschiedenen Gründen ficht der TCS jedes System an, das auf Abgaben zur Lenkung der Mobilität fusst; in erster Linie sind Massnahmen ins Auge zu fassen, welche die Beeinträchtigungen an der Quelle mindern, namentlich mittels Normen (Emissionsnormen für Fahrzeuge), oder den Zugriff auf sauberere und effizientere Technologien fördern, in der Schweiz wie im Ausland.